Behandlung des Gebärmutterkrebses nur durch bestellte Ärzte

F.	Franz	Neukamp
----	-------	---------

Bielefeld

In einem für alle Ärzte, besonders für Frauenärzte bedeutsamen Strafurteil vom 9. April 1937 – Aktenzeichen: 1 D 500/36 – (Juristische Wochenschrift 1937, S. 1834, Nr. 118) – hat der erste Strafsenat des Reichsgerichts (RG.) erklärt, der Gebärmutterkrebs dürfe nur von bestellten Ärzten, aber nie von sonstigen Heilkundigen oder Heilbehandlern (Kurpfuschern) behandelt werden, weil das Behandlungsverbot des § 7 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 über die eigentlichen Geschlechtskrankheiten hinaus alle Erkrankungen der äußeren und inneren Geschlechtsorgane betreffe; die Gebärmutter gehöre zu den inneren weiblichen Geschlechtsorganen und sei Sitz des Gebärmutterkrebses. Dabei sei es in diesem Falle unerheblich, ob der Krebs vom medizinischen Standpunkt als allgemeine Erkrankung angesehen werde oder nicht. Die Gebärmutter sei vom Krebs befallen, und dies sei allein entscheidend, ob es sich im Einzelfalle um eine Krankheit der Geschlechtsorgane im Sinne des § 7 des Geschlechtskrankheitsgesetzes handle oder nicht. Der Gebärmutterkrebs sei eine Krankheit der Geschlechtsorgane und dürfe daher nur von bestellten Ärzten behandelt werden; das entspreche auch allein dem Sinn des Gesetzes, der dahin gehe, jede Behandlung von Geschlechtskrankheiten, d. h. Krankheiten an den Geschlechtsorganen, durch andere als die im Deutschen Reich bestellten Ärzte auszuschließen; dieser vom Gesetz erstrebte Erfolg könne aber dann nicht erreicht werden, wenn nicht unter Geschlechtskrankheiten auch alle an den Geschlechtsorganen sich zeigenden Krankheiten zu verstehen wären. Auch eine sogenannte Allgemeinbehandlung des Gebärmutterkrebses etwa durch Bestrahlung des Unterleibes der erkrankten Frau sei Personen, die nicht bestellte Ärzte sind,

Neukamp, Behandlung des Gebärmutterkrebses. 97

verboten; die Art der Behandlung sei gleichgültig. Eine Behandlung im Sinne des § 7 Geschlechtskrankheitsgesetzes müsse im weitesten Sinne verstanden werden, so daß jede Behandlung einschließlich Beratung und Untersuchung diesen Personen, die nicht zu den bestellten Ärzten gehören, verboten sei, einerlei, ob es sich um eine besondere Behandlung des erkrankten Organes oder des gesamten Körpers handle. Auch eine Strahlenbehandlung falle unter § 7 Geschlechtskrankheitsgesetz. Die angeklagte Nicht-Ärztin hätte mit der Bestrahlung nicht nur das Gesamtbefinden der Kranken bessern, sondern den Gebärmutterkrebs behandeln wollen, indem sie die Kranke nicht nur allgemein, sondern vor allem deren Unterleib bestrahlt habe. Dabei sei es unerheblich, ob die Strahlen die Gebärmutter überhaupt erreicht hätten, und ob damit eine Wirkung erzielt werden konnte. Nach Wortlaut, Sinn und Zweck des § 7 Geschlechtskrankheitsgesetzes sei gerade eine Behandlung, die nicht zur Heilung führen könne, verboten. Die angeklagte Nicht-Ärztin könne sich nicht damit entschuldigen, sie habe den

Gebärmutterkrebs als eine Allgemein-erkrankung angesehen; sie habe gewußt, daß es sich um Gebärmutterkrebs handelte. Bei der Annahme, daß ihr die Behandlung des Gebärmutterkrebses erlaubt sei, habe sie sich nur in einem, ihren strafbaren Vorsatz nicht ausschließenden unbeachtlichen Strafrechtsirrtum befunden.

Aus diesem Urteil ergibt sich für alle Ärzte und besonders Frauenärzte die Pflicht bei Behandlung von Frauen die an Gebärmutterkrebs erkrankt sind nachzuforschen

ob die Kranke vielleicht schon früher von einem Nicht-Arzt behandelt worden ist die Person

die unbefugterweise behandelt (beraten und unter-sucht) hat

zu ermitteln und zwecks Bestrafung nach § 7 Geschlechtskrankheitengesetz der zuständigen Anklagebehörde (Staatsanwaltschaft) anzuzeigen.